

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. H. Alrici & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei S. Streifand,
in L. eferitz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.
Dreundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Dunke & Co.,
Hauptstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Grlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 236.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Montag, 5. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaltene Zeitspaltze ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 3. April. Der Kaiser hat gerubt: den seitherigen Lega-
tionsrath Dr. N. Lindau zum Wirklichen Legations-Rath und vortra-
genden Rath im Auswärtigen Amt; sowie den Eisenbahn-Direktor
Rudolf Lindner zum Regierungs-Rath und ständigen Hilfsarbeiter im
Reichsamte für die Verwaltung der Reichseisenbahnen zu ernennen.

Der König hat gerubt: dem Landrath des Kreise Grevenbroich,
Dr. Gisbert von Bonin-Brettin zu Bewelingshofen die Kammerherrn-
würde, ferner dem praktischen Arzt ic. Dr. med. Breier in Trebnitz
den Charakter als Sanitäts-Rath, und dem Lederfabrikanten und
Fabrikbesitzer Sylvius Koll zu Brieg den Charakter als Kommerzien-
Rath zu verleihen.

Der Bürgermeister und Syndikus Minzlaff in Grlitz ist mit dem
Charakter als Amtsgerichts-Rath zum Amtsrichter bei dem Amts-
gericht in Grlitz ernannt. Der Landrichter Dr. Kayser in Berlin
ist in Folge seiner Ernennung zum kaiserlichen Regierungs-Rath im
Reichs-Justizamt aus dem preussischen Justizdienst geschieden. Dem
Amtsgerichts-Rath Lyon in Küstrin ist die nachgesuchte Dienstentlassung
mit Pension ertheilt. Der Amtsgerichts-Rath Freiherr von Hundt
und Alt-Grottkau in Reife und der Amtsrichter Koller in Marg-
grabowo sind gestorben. Der Staatsanwalt Lindenberg in Glatz ist
in gleicher Amts Eigenschaft an das Landgericht in Ratibor versetzt.
Der zur Rechtsanwaltschaft bei dem Ober-Landesgericht in Raumburg
zugelassene Rechtsanwalt Hense hat seinen Wohnsitz von Bernburg
nach Dessau verlegt. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt:
dem Notar, Justiz-Rath Hasenhein in Gumbinnen, dem Notar, Justiz-
Rath Jos in Stettin und dem Notar, Justiz-Rath Schwarz in Lipp-
stadt. Der Notar Albrecht in Uckermünde hat das Notariat nieder-
gelegt. Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Nicol in Hannover ist ges-
torben.

Der ordentliche Lehrer am Gymnasium zu Dortmund Dr. Flach,
und die ordentlichen Lehrer Leonhard und Dr. Nibel an der Real-
schule zu Dortmund sind zu Oberlehrern befördert worden. Die Wahl
des ordentlichen Lehrers am Gymnasium zu Wernigerode, Dr. Jordan,
zum Oberlehrer des Gymnasiums zu Dortmund ist bestätigt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 5. April.

Wie die Berliner Blätter übereinstimmend versichern, giebt
das Befinden des Kaisers zu Besorgnissen durchaus
keinen Anlaß. Das signalisirte Unwohlsein ist im Wesentlichen
bereits wieder gehoben.

Das Organ der nationalliberalen Fraktion, die
„N. L. C.“, sucht in einem „die Aufgabe der national-
liberalen Politik“ überschriebenen Artikel die gegenwärtige
Haltung der Fraktion folgendermaßen zu rechtfertigen:

Ging früher die Taktik der nationalliberalen Fraktion im Wesent-
lichen dahin, den Ausbau des Reiches möglichst in positivem Zusammen-
wirken mit der Regierung und ohne Scheu vor einem dem Zwecke an-
gemessenen Kompromiß mit den Konservativen zu erstreben, so hören wir
neuerdings häufig, u. A. auch in dem Lasker'schen Schreiben, daß
Ziel müsse jetzt ohne „jede denkbare Nebenrückficht“, unter Zurückwei-
fung des Zusammengehens mit den Konservativen verfolgt werden. Es
erhebt sich also die Frage: wäre eine grundsätzliche Veränderung der bis-
herigen Taktik richtig oder nicht? Auf den ersten Blick scheint die erstere
Ansicht durch die unleugbare Veränderung der ganzen Lage der national-
liberalen Partei unterstützt zu werden. In dem Maße, in welchem die national-
liberale Fraktion des Reichstags in den letzten Jahren geschwächt wor-
den, ist die konservative Seite des Hauses angewachsen. Die selbstver-
ständliche Folge davon ist, daß die Konservativen eine erheblich ge-
ringere Nachgiebigkeit gegen nationalliberale Forderungen zeigen, als
früher. Dazu kommt die veränderte Haltung der Zentrumsparthei,
welche den Konservativen gestattet, mit denselben in allen Fragen, in
welchen sie ihr näher stehen als den Liberalen, und dies wird so
ziemlich das ganze Gebiet der Politik sein, soweit es sich nicht um Er-
fordernisse der nationalen Einheit und Machtstellung handelt, — ge-
meinsame Sache zu machen. Zugleich ist es dem Fürsten Bismarck
durch die größere Stärke der Konservativen wie durch die veränderte
Haltung des Zentrums bedeutend erleichtert, mit wechselnden Majori-
täten zu operiren, dieselbe Partei bald freundlich, bald feindselig zu be-
handeln. Daß durch diesen Umschwung der Verhältnisse den National-
liberalen das Beharren in der bisherigen selbstlosen Arbeit sehr er-
schwert werden mußte, liegt auf der Hand. Kein menschlich genom-
men wäre es nur zu begreiflich, wenn grade die tüchtigsten unter den
Männern dieser Richtung sich mißmuthig abwandeten von der bishe-
rigen Weise des positiven Schaffens. Eine andere Frage aber ist, ob
dies auch politisch klug behandelt wäre. Die Art, wie Fürst Bismarck
sich in den letzten Jahren von der nationalliberalen Fraktion getrennt
hat, mag Manchen sozusagen persönlich verlegt, kann aber unmöglich
irgend einen politisch urtheilsfähigen Kopf überräuscht haben. Der
Reichsanzler hat aus seiner konservativen Grundanschauung nie ein
Zehl gemacht; er hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er nur
aus Rücksicht auf die numerische Stärke der Nationalliberalen im
Parlament denselben KonzeSSIONen gemacht, zu denen er aus eigenem
Antriebe nie geschritten sein würde. Kein Wunder da, daß er sich über
den nationalliberalen Einfluß in demselben Maße hinwegsetzte, in
welchem die nationalliberale Fraktion an numerischer Stärke verlor.
Was würde nun die Folge sein, wenn dem gegenüber die national-
liberale Fraktion erklärte: „Wir wollen keine Verständigung
mehr mit dem Reichsanzler. Hier ist unser Programm! Will er es
ausführen, ausführen voll und ganz, so sind wir seine Freunde; will
er es nicht, so sind wir seine rücksichtslosen Gegner. Entweder —
oder?“ Die selbstverständliche Wirkung einer solchen Stellungnahme
würde sein, daß Fürst Bismarck entweder fast bedingungslos in die
Arme einer konservativ-kerikalen Majorität, oder zur Auflösung des
Reichstages getrieben würde. Nach den vor zwei Jahren gemachten
Erfahrungen wird eine abermalige Auflösung im liberalen Lager schwer-
lich herbeigeführt werden (?). Wie aber steht es mit der anderen
Eventualität, daß nämlich Fürst Bismarck ganz auf eine konservativ-
kerikale Majorität angewiesen wäre? Er würde voraussichtlich, ebenso
wie früher zu KonzeSSIONen in liberaler Richtung, die ihm „gegen den
Strich gingen“, so jetzt zu ähnlichen KonzeSSIONen in antiliberaler Rich-

tung gezwungen sein. Kurz: die Reaktion hätte freies Spiel auf dem
Gebiete der Reichsgesetzgebung, und die Nationalliberalen würden der
Zertrümmerung ihres eigenes Werkes mit verschränkten Armen zu-
sehen. Wir bezweifeln, daß die nationalliberale Partei im Lande eine
derartige Handlungsweise der Reichstagsfraktion als den Ausfluß poli-
tischer Klugheit betrachten würde. Unseres Erachtens würde diese
Handlungsweise nur dann gerechtfertigt sein, wenn jede Hoffnung auf
eine erprießliche Thätigkeit, wenn jede Einwirkung auf die Gestaltung
der Dinge abgeschnitten wäre. So verzweifelt aber ist die Lage der
nationalliberalen Fraktion doch noch keineswegs. Ein dauerndes Zu-
sammengehen der Regierung sowohl wie der Konservativen mit dem
Zentrum ist aus Gründen der nationalen Politik undenkbar. Gerade
in den wichtigsten Fragen — wir haben ja jetzt bereits die Beispiele
dafür — wird man immer wieder der Unterstützung von nationalliberaler
Seite bedürfen. Diese Thatsache verleiht der nationalliberalen Fraktion
auch in Bezug auf die sonstigen Gebiete der Gesetzgebung noch immer
einen nicht zu unterschätzenden Einfluß. Sie wird freilich die sich an-
bahnende „Revision“ der Gesetzgebung der letzten dreizehn Jahre nicht
zu hindern vermögen, würde dies übrigens in dieser Allgemeinheit auch
garnicht wollen. Aber auch im ungünstigsten Falle würde sie durch
eine geschickte Taktik wenigstens Vieles von den Erregenschaften jener
Zeit retten können, was bei der Annahme jener rein negativen Vimo-
ritätspolitik verloren gehen würde. Wir denken, mit solcher Hand-
lungsweise und mit ihr allein bewegt sich die nationalliberale Fraktion
im Rahmen jener verständigen Realpolitik, welche ihren Ruhm ausge-
macht hat. Freilich muß sie bei jener Taktik immer die Grenze inne-
halten müssen, welche ihr durch das Wesen einer liberalen Partei ge-
zogen wird.

Letzteres wird der Fraktion immer schwieriger und zuletzt
vielleicht unmöglich werden, wenn sie als obersten Satz immer
nur die „Möglichkeit des Zusammengehens mit dem Fürsten
Bismarck“ gelten lassen will. Jedenfalls wird das Ansehen des
Parlaments durch diese Taktik schwerlich gewinnen, und dieses
Ansehen für die Zukunft zu wahren, dürfte doch auch des
Schweiges der Edeln werth sein. Die „Post“ betont in ihrem
geschriebenen Leitartikel die Nothwendigkeit einer dauernden und zu-
verlässigen parlamentarischen Majorität. Dieselbe kann nach der
Ueberzeugung des freikonservativen Blattes nur aus einer kon-
servativ-nationalliberalen Kombination hervorgehen. Der Gedanke
ist nicht neu und wird wohl auch auf der linken Seite der in
Betracht kommenden Parteien keinen Widerspruch finden. Wenn
sich die „Post“ indessen die Sache so vorstellt, daß die freikon-
servative Partei den mittleren Kern dieser Mehrheit abzugeben
hätte, an welchen sich auf der einen Seite der rechte Flügel der
Nationalliberalen angeschlossen, auf der anderen Alles, was sich
konservativ nennt, so dürfte sie denn doch der liberalen Selbst-
verläugnung etwas zu viel zumuthen. Herr v. Bennigsen wird
schwerlich Geschmach daran finden, am linken Flügel einer Partei-
kombination zu marschiren, deren rechten Herr v. Kleist-Neckow
ziert. In der That wäre eine „liberal-konservative Mehrheit“ nur
dann denkbar, wenn Herr v. Bennigsen mit seinen Freunden
nicht, wie die „Post“ will, eine extreme, sondern die Mittelstel-
lung einnimmt. In diesem Sinne konnte vor der Debatte der
Partei Verhältnisse von dem Vorhandensein einer konservativ-
liberalen Majorität gesprochen werden.

Der Bundesrath hielt am Sonnabend eine länger als
drei Stunden währende Plenarsitzung. Einziger Gegenstand ein-
gehender Debatten war die Vorlage über Erhebung von Reichs-
Stempel-Abgaben. Dieselbe wurde angenommen
und zwar einschließlich der Quittungssteuer, letztere jedoch
mit den Modifikationen der Ausschussträge. Für die Quittungs-
steuer stimmten namentlich Preußen und Baiern, für die Quit-
tungssteuer unter Modifikation auch Württemberg. Im Wesent-
lichen ist beschlossen, daß jede Quittung über einen Betrag von
mehr als 20 Mark einer einheitlichen Steuer von 10 Pfennigen
zu unterliegen hat.

Der Magistrat von Berlin hat, wie man der
„N. Z.“ berichtet, am Freitag in seiner Plenarsitzung Be-
anlassung gehabt, sich mit der Orthographiefrage zu
beschäftigen. Nach einer sehr eingehenden Diskussion wurde be-
schlossen, den Kultus- und Unterrichtsminister zu bitten, die Ein-
führung der neuen Orthographie in die Schulen, welche sofort
nach den Osterferien beginnen soll, bis dahin zu verschieben, daß
entschieden ist, ob dieselbe in ganz Deutschland und bei allen
Behörden und in Folge dessen auch beim Publikum erfolgen
wird. Der Magistrat hat sich klar gemacht, welche Mißstände
entstehen durch die Ungleichheit der Schreibweise der Behörden
und der Schulen, namentlich auch der den Schulen vorgelegten
Gemeindebehörden, der Eltern und der Kinder, der Presse und
der Schulbücher u. s. w. und durch die Unmöglichkeit, nament-
lich die kostspieligen Schulbücher, Lexika u. s. w. in der neuen
Orthographie mit großen Kosten herzustellen, während es min-
destens nicht unwahrscheinlich ist, daß die Anweisung des Kul-
tusministers an die Schulen wieder aufgehoben werden muß.
In der städtischen Verwaltung wird übrigens an der alten
Schreibweise festgehalten werden. Aus den Magistratsverhand-
lungen heben andere Blätter hervor, es könne nur als
ein ganz unhaltbarer Zustand erkannt werden, wenn Schü-
ler in den Lehranstalten zu einer Orthographie angehalten
werden sollten, die sie bei dem demnächstigen Uebertritt
in eine Reichsbehörde bei Strafe nicht verwenden dürfen.
Nach diesen Mittheilungen hat der Magistrat von einer Wü-

digung des sachlichen Werthes der neuen orthographischen
Anordnungen abgesehen, er hat sich einfach auf den Boden der
wahrhaft beispiellosen formellen Verwirrung gestellt, den
bei dem gegenwärtigen Widerspruch der Behörden unter sich der
Erlaß des Kultusministers ohne jede dringende Veranlassung als
reines Schulerperiment in einen bisher im Allgemeinen leidlich
geordneten Zustand bringt, selbst abgesehen von dem fast einstün-
migen passiven Widerstand der Bevölkerung gegen die orthogra-
phischen Otkroyirungen. Der Magistrat von Berlin, einer Stadt,
welche so große Lasten für das Schulwesen trägt, muß allerdings
vorzugeweise dazu berufen erscheinen, sich über die Folgen klar
zu machen, wenn in seinen Schulen eine Orthographie gelehrt
wird, die der Schüler demnächst im Reichs- und Staatsdienste
nicht anwenden darf, ohne Verweise und Strafen zu riskiren.
Weber ein Sergeant, noch ein Post- oder Telegraphenbediensteter
dürfte sich im Augenblick anzuwenden gestatten, was die Anord-
nungen des Kultusministers als obligatorischen Lehrstoff den
Schulen vorschreiben. Man hätte es in der That kaum für
möglich halten sollen, daß der erste April, der vorbestimmte Ein-
führungstermin, vorübergehen würde, ohne daß bei dieser Lage
der Dinge von der ganz vergriffenen Anordnung Abstand genom-
men worden wäre. „Mit einer Hartnäckigkeit“, so schreibt die
„N. Z.“, „die jetzt schon den sachlichen Charakter abgestreift hat
und immer mehr den Anschein persönlicher Rechthaberei annimmt,
wird geradezu auf die Verwirrung hineingearbeitet. Es ist in
der Natur dieser Angelegenheit begründet, daß die Schwierigkei-
ten, Unannahmlichkeiten, die Widersprüche aller Art wachsen, je
weiter Herr v. Puttkamer in der orthographischen Sackgasse, in
welche er hineinmarschirt ist, vorwärts strebt. Unser Rath wird
wohl von sehr geringem Gewicht bei dem Kultusminister sein,
nichtsdestoweniger wiederholen wir ihn im Interesse der Sache
auf das Dringendste: möge Herr v. Puttkamer umkehren und in
Gemeinsamkeit mit den Reichsbehörden und den Einzelstaaten die
Angelegenheit ordnen, wenn denn doch einmal geordnet werden
soll. Das getrauen wir uns Herrn v. Puttkamer vorauszusagen,
daß es bei dem gegenwärtigen Zustand nicht bleibt, weil es dabei
nicht bleiben kann. Je schneller man daher auf den gebahnten
Weg zurückkehrt, um so besser für die Sache und vielleicht sogar
besser für alle Beteiligte.“

Ueber die Verlobung der Prinzessin Friede-
rike von Hannover läßt sich die welfische „Niederf. Ztg.“
folgendermaßen vernehmen:

Als die Verlobungsnachricht hier eintraf, da hat sie, obgleich ihre
Quelle eine durchaus sichere war, zunächst Niemand für wahr gehalten;
die Kunde war zu unwahrscheinlich, zu seltsam, als daß sie hätte An-
spruch auf Glaubwürdigkeit machen können; ja noch heute giebt es
Viele, die sie nicht glauben, die meinen, es sei eine von unseren Geg-
nern erfundene Lüge, um uns wandend zu machen in unserer Treue.
Und doch ist es eine Thatsache. Die Hannoveraner haben zu ihrem
tiefsten, zu ihrem unaussprechlichsten Schmerze sehen müssen, daß
ihre königliche Hoheit höchstlich losgelöst hat von ihrem königlichen Bruder,
von ihrer Familie, von den tausend und abertausend Hannoveranern,
die Höchste alle so sehr liebten. Wenn wir auch eine weitgehende
Meinung haben von den besonderen Pflichten, die einer Königsstochter
auferlegt sind, und wenn wir auch glauben, daß diese Pflichten sich noch
steigern durch die Umstände und Verhältnisse, wie z. B. diejenigen sind,
in welchen Hannover sich zur Zeit befindet, so maßten wir uns doch kein
Urtheil an über die Handlungen ihrer königlichen Hoheit, und wollen
auch nicht einmal versuchen, nach den Gründen zu forschen, die Hoch-
dieselbe veranlassen, so und nicht anders zu handeln; aber den schmerz-
lichen Gefühlen, die in allen treuhannoverschen Kreisen sich fundgeben,
glauben wir Ausdruck geben zu müssen, damit Ihre königliche Hoheit
höchstlich keiner Täuschung hingebe über die Tragweite und Folgen ihres
Schrittes. Je mehr die Hannoveraner bestrbt gewesen sind, ihrer kö-
niglichen Hoheit der Prinzessin Friederike durch die Bethätigung ihrer
Liebe und Verehrung nach Kräften die schwere Verbannung zu erleich-
tern, um so mehr sind sie nun betrübt und erschüttert und empfinden
dies neue Leid um so gewaltiger, als es ihnen ohne Nothwendigkeit auf-
erlegt ist, und auferlegt von einer Seite, auf deren Festigkeit sie glaub-
ten sich verlassen zu können.“

Wie man aus diesen Betrachtungen erkennt, hat die Nach-
richt von der Verlobung auf die Welfenpartei niederschlagend
gewirkt.

Ein gewisses Aufsehen erregt der Beschluß, welchen das
Ehrengericht der Anwaltskammer des Oberlandes-
gerichtsbezirks Celle in der bekannten Affaire Fischer-
Brüel gefaßt hat. Wie erinnerlich, war von dem Advokaten
Fischer II. in Hannover an den welfischen Abgeordneten Brül
wegen dessen vielberufener Aeußerung im Abgeordnetenhanse ein
Zustimmungstelegramm gesandt worden, worauf hin die Ober-
staatsanwaltschaft gegen Fischer Klage erhob. Wenn jetzt das
Ehrengericht seinen beklagten Kollegen freispricht und ihm,
resp. dem Abgeordneten Dr. Brül das Zeugniß ausstellt, daß
ihr Verhalten eine Verletzung der dem Staatsoberhaupt von
jedem Staatsbürger zu gewährenden Ehrerbietung nicht ent-
halte, so zeigt dies, daß die welfischen partikularistischen Ten-
denzen bis in Kreise reichen, von denen man annahm, daß sie
dieselben längst überwunden hätten. Dennoch bleibt es besrem-
lich, daß die Oberstaatsanwaltschaft, welche über die Zusammen-
setzung und den Geist der Anwaltskammer nicht im Zweifel sein
konnte, eine Anklage erhob, deren Verlauf und Ausgang zum
mindesten ins Ungewisse gestellt blieb.

Von der preußisch-russischen Grenze wird der „Nigaschen Zeitung“ folgender Beitrag zu den Wirkungen unserer neuen Zollpolitik übermittelt: Eine von Tag zu Tag wachsende Abnahme des Güterverkehrs von Rußland ist zu konstatieren; ja es kommen Tage vor, in denen außer den Holztransporten kaum ein einziger beladener Wagen über die Grenze geführt wird. Auf preussischer wie auf russischer Seite der Grenze ist die Roth unter der arbeitenden Klasse schon bis auf's Höchste gestiegen. Die Holztransporte, bestehend in allen Arten Nutz- und Bauhölzern und geschnittenen Brettern, haben trotz des Holzjollas gegen das Vorjahr bedeutend zugenommen. Die große Einfuhr von ober-schlesischen Kohlen hat dem Brennholz eine nicht wegzuleugnende Konkurrenz gemacht, sonst würde die Holzeinfuhr in der holzarmen Gegend der Grenze noch bedeutender sein. Die Ausfuhr von edlen Vollblutpferden und namentlich von kleinen russischen Pferden, welche zum größten Theil transit gehen, kann als recht lebhaft bezeichnet werden, viel lebhafter ist der Handel mit russischen Pferden an der Grenze, welche von den Händlern eingeschmuggelt werden, was bei der geringen deutschen Grenzbewachung mit Leichtigkeit geschehen kann. In neuerer Zeit wird überhaupt viel von Rußland nach Deutschland geschmuggelt, und es giebt einige Artikel, die bei dem geringen Nubelkurs ein ganz erhebliches Sümmdchen abwerfen. Warum sollen die Schmuggler auf ihrer gefährlichen Wanderung nach Rußland nicht auch Rückfracht nehmen, da die deutschen Zollämter viel leichter zu umgehen sind. Mehl, Gummi-schuhe, Tabak, Lichte, Zucker sind gern gesuchte Schmuggelartikel (türkischer Tabak, welcher einmal nach Rußland eingeschmuggelt ist, wird ebenso leicht wieder über die Grenze gebracht und zur Fabrikation von Zigarretten verwandt).

Es ist nicht ohne Interesse, eine Vergleichung darüber anzustellen, wie sich in Folge der Justizreorganisation die Belastung der richterlichen Beamten in den einzelnen Landestheilen gestaltet hat. Die Zahlen, welche wir nachstehend auf Grund des neuesten „Jahrbuches der preussischen Gerichtsverfassung“ wiedergeben, sind nach unten hin auf Hunderte abgerundet. Berechnet man die Durchschnittsbelastung für den ganzen Umfang des preussischen Staates, so entfallen auf jeden Amtsrichter 10,000 Seelen der Bevölkerung. Sehr verschieden aber gestaltet sich die Belastung in den verschiedenen Ober-Landesgerichtsbezirken. Sie schwankt zwischen 18,600 Seelen im Ober-Landesgerichtsbezirk Köln und 7500 Seelen in den Ober-Landesgerichtsbezirken Frankfurt a. M. und Kassel. Noch viel bedeutender ist der Unterschied in der Seelenzahl, welche in den Landgerichtsbezirken auf den einzelnen Richter entfällt. Dieselbe stuft sich ab von 20,100 Seelen im Landgerichtsbezirk Meve bis auf 7000 Seelen im Landgerichtsbezirk Warburg. Im Allgemeinen kommt in den westlichen Provinzen eine viel höhere Seelenzahl auf den einzelnen Richter als in den östlichen. Eine Ausnahme machen die Oberlandesgerichtsbezirke Kassel und Frankfurt a. M., welche die geringste Belastung aufweisen, wenn man die Seelenzahl als Maßstab annimmt. Allerdings wird dies nicht ganz zutreffen, da bei der Vertheilung der Arbeitslast auch noch mit anderen Faktoren, namentlich mit der Menge der Arbeit, welche eine bestimmte Bevölkerungsmenge in den verschiedenen Landestheilen verursacht, zu rechnen wäre. Da statistisch nachweisbar in den östlichen Provinzen mehr und schwierigere Rechtsstreitigkeiten vorkommen als in den westlichen, erklärt sich in etwas die größere Seelenzahl, welche hier auf den einzelnen Richter entfällt. Hiernach müßte die meiste Arbeit und folgerichtig das prozessmäßigste Publikum in denjenigen Landestheilen vorhanden sein, in denen die kleinste Seelenzahl auf den einzelnen Richter kommt. Es sind dies die Oberlandesgerichtsbezirke Kassel und Frankfurt a. M. Indessen sind die Unterschiede in der Seelenzahl allzu groß, als daß die größere oder geringere Anzahl von Prozessen einen Ausgleich in der Verschwiegenheit der Belastung nach Maßgabe der Seelenzahl herbeizuführen im Stande wäre. Man wird sich in einzelnen Fällen wohl etwas verrechnet haben und sich in nicht zu fernem Zeit gezwungen sehen, entweder eine Aenderung in den Gerichtsbezirken oder in dem Personalbestande der Justizbeamten eintreten zu lassen.

Die Niederlage Lord Beaconsfields hat einen geradezu deprimirenden Eindruck in Oesterreich hervorgerufen. Dem in bekannten Beziehungen stehenden „Fremdenblatt“ erscheint ein englisches Ministerium, in welchem Herr Gladstone eine leitende Rolle spielt, als absolut unmöglich.

„Wir geben nicht so weit wie Herr Bourke, der am Sonnabend meinte, die Berufung Gladstone's zur Regierung sei mehr oder weniger gleichbedeutend mit der Entfesselung eines europäischen Krieges; aber darin geben wir dem gegenwärtigen Unterstaatssekretär im englischen Ministerium des Auswärtigen vollkommen Recht, daß die Regierungen sämtlicher Großmächte einem Ministerium Gladstone mit dem größten Mißtrauen entgegenkommen würden. Um dieses Mißtrauen begreiflich zu finden, genügt ein Blick auf die jüngste, vorgestern gehaltene Wahlrede des Premieriers. Der Sinn derselben ist einfach, daß ein von den Liberalen regiertes England einen Ersatz für die mangelnden Sympathien der einer konservativen Politik huldigenden großen Staaten bei allen revolutionären Elementen Europas suchen und finden werde. Nimmt der ehemalige Premier der Königin Victoria doch seinen Anstand, die unzufriedenen Slaven Oesterreichs und der Balkanländer, die russischen Panславisten und die Chauvinisten der „Italia Irredenta“ als die Freunde seiner Politik zu reklamieren. Wir bestreiten keinen Augenblick, daß Herr Gladstone dazu berechtigt ist; wir stimmen ihm vollkommen bei, wenn er sich der Hoffnung hingiebt, daß alle auf eine Aenderung des europäischen Status quo spekulirenden revolutionären Elemente den Triumph der Gladstone'schen Politik freudig begrüßen würden.“

Ähnlich läßt sich die alte „Presse“ vernehmen; sie findet die Wahlberichte „nicht besonders erheiternd“ für die Oesterreicher. Das Blatt sieht in Gladstone und seinen Freunden gleichfalls die Verbündeten der Panславisten und der Irredenta und sieht einer bewegten Zeit entgegen:

„Die mitteleuropäische Friedensliga, sagt die „Presse“, welche für den äußersten Fall wohl auf den unmittelbaren Anschluß des Tory-Kabinetts rechnen, in ruhigen Zeitläuften aber seiner sympathischen Förderung sicher sein dürfte, müßte fortan in Downingstreet seine erklärten Antagonisten mißtrauisch beobachten, deren Gegnerschaft nur durch ihren quänterhaften Quietismus halbwegs neutralisirt und wieder unschädlich gemacht würde. Wir Oesterreicher aber hätten uns aller Vor-

ausicht nach einer ausnahmweisen Beachtung von Seite Englands zu erfreuen, die sich in wohlwollender Förderung jeder längs unserer Südgrenze vom Garbasse bis zum Eisernen Thor wider uns gerichteten Agitation bemerkbar zu machen wüßte.

Die „N. Fr. Pr.“ knüpft an die Aeußerungen Lord Hartingtons in seiner Wahlrede vom 25., wonach die Liberalen die Ehre Englands nicht mit der Unabhängigkeit der schwachen türkischen Regierung verknüpfen, die Lage der Christen im türkischen Reich nicht als eine Angelegenheit betrachten, die nur Rußland und die Türkei angehe, und vor Allem nicht versuchen, die europäische Harmonie zu stören, wenn „durch einen glücklichen Zufall“ Europa darüber einig sein sollte, was in der Türkei zu geschehen habe. Diese Aeußerung glaubt die „N. Fr. Pr.“ wie folgt auslegen zu können:

Hartington wollte nichts Anderes sagen, als daß ein liberales englisches Ministerium die Zerstückelung der Türkei nicht verhindern werde, wenn die anderen Mächte sich über die Vertreibung der Osmanen aus Europa verständigen würden. Er ist derselben Anschauung, der Gladstone so oft in seiner heftigen und maßlosen Weise Ausdruck geliehen, und hat sie nur in ein anfänglicheres Gewand gehüllt. Die Meinung, daß ein Kabinettswechsel in London keine allzu große Veränderung in der Orientpolitik Englands hervorbringen würde, ist durch die Rede Hartington's vollkommen widerlegt, und unter allen Regierungen Europas sollte die türkische dem Ausfalle der englischen Wahlen mit der ängstlichsten Spannung entgegensehen.“

Die Diskussion über die Gestaltung des neuen Whig-Kabinetts in England beherrscht augenblicklich die Presse aller Länder. Zunächst würde, nach der Natur der Dinge, der langjährige Führer und Kabinettschef der Liberalen, Gladstone, als diejenige Persönlichkeit in Betracht zu ziehen sein, die an die Spitze der Geschäfte zu treten hätte. Nach der Art und Weise aber, in welcher der Premier während der letzten Jahre sich exponirt und unbekümmert um das Parteiinteresse eine höchst persönliche Agitation gegen die Toryregierung und speziell gegen Lord Beaconsfield durchgeführt hat — zeigt sich unter den Parteiführern sehr wenig Neigung, das Geschick der liberalen Regierung von dem unberechenbaren Naturell Gladstones abhängig zu machen. Man glaubte annehmen zu dürfen, daß derselbe, indem er 1875 die Führung der Partei niederlegte, damit zugleich den Verzicht auf die Premiererschaft in einem künftigen liberalen Kabinet habe ausdrücken wollen. Wiederholt verlautete denn auch, daß Gladstone geäußert, er werde kein Portefeuille mehr übernehmen. Der unerwartete und man kann sagen glänzende Sieg seiner Partei, zu dem er nicht unwesentlich durch seine rast- und rücksichtslose Agitation beigetragen, giebt aber der Vermuthung Raum, daß Gladstone auch den Löwenantheil daran, die Premiererschaft beanspruchen wird. Der linke Flügel der Partei würde sicherlich dem Anspruch Gladstones zustimmen, nicht so aber der in sozialer und politischer Hinsicht weit einflußreichere rechte Flügel, die eigentlichen Whigs; diese haben doch während der letzten Jahre unter der kompromittirenden Art wie Gladstone die auswärtige Politik behandelt, schwer gelitten. Sie verlangen einen Mann an der Spitze der Regierung zu sehen, zu dessen maßvoller Leitung das Land Vertrauen haben kann. Da kommt in erster Linie der Carl Granville in Betracht, der bisher die Opposition im Oberhause führte und im letzten liberalen Kabinet Staatssekretär des Aeußern war. Die „Times“ vertritt ebenfalls die Ansprüche Granvilles auf die Premiererschaft, verlangt aber auch für Gladstone und Hartington Sitze im Kabinet. Ein liberales Kabinet ohne Gladstone sei undenkbar. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob der Premier, der seine Kollegen an geistiger Begabung und Energie an Haupteslänge überragt und in dem Feldzuge gegen die Tories unbefritten die Führung gehabt hat, sich mit einem zweiten Plaze in der Regierung begnügen wird, zumal er schon während langer Jahre (1868—1874) an der Spitze der Geschäfte gestanden. Bei der Bildung des Kabinetts wird das Verhältniß zwischen Whigs und Radikalen, das bei den Wahlen ein einträchtiges war, einer ersten Probe unterworfen werden. Nach seinen letzten Reden zu urtheilen, scheint Hartington der bisherige nominelle Führer der Opposition im Unterhause weniger die Premiererschaft als vielmehr das auswärtige Amt zu beanspruchen. Er behandelte in seinen Wahlreden mit Vorliebe die auswärtige Politik und zwar in sehr persönlichen Sinne. Noch am Donnerstag erklärte er, die liberale Regierung würde die eingegangenen Verträge und Verpflichtungen gewissenhaft ehren und ausführen und dieselben Zwecke verfolgen, wie ihre Vorgängerin, doch in friedlicherem Geiste. Im letzten liberalen Kabinet war Hartington Obersekretär für Irland.

Die Königin Victoria muß, wie die „Nat.-Ztg.“ betont, übrigens von dem Siege der Tories gleichfalls überzeugt gewesen sein, sie würde sonst ihre Reise auf den Kontinent nicht zur Wahlzeit angetreten haben. Daß die Königin bei der Bildung des Ministeriums in gewissen Grenzen einen gewichtigen Einfluß zu üben vermag, hat die Lebensgeschichte des Prinzen Albert von Martini nach authentischen Quellen erst jüngst wieder an zahlreichen Beispielen nachgewiesen. Die Premiererschaft Gladstone's würde wohl auf dieser Seite keine besondere Förderung zu erwarten haben. Bekanntlich ist die Königin durch den Kabinettswechsel unmittelbar soweit selbst betroffen, als sie genöthigt ist, ihren Hofstaat aus der sitzenden Partei zu bilden.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 4. April. [Die Maigesetze. Die Quittungssteuer.] Die Zeitungsnachrichten, wonach die Regierung mit der Absicht umgehen soll, in der Nachsaison des Landtages die Ermächtigung zu verlangen, die maigesetzlichen Bestimmungen über die Ausbildung der Geistlichen je nach Belieben anzuwenden oder umangewendet zu lassen, dürften in dieser Form auf Mißverständniß beruhen; vielmehr dürfte sich unsere bereits vor einiger Zeit gemachte Mittheilung bestätigen, daß man, sobald die Hierarchie durch thatsächliches Entgegenkommen genügenden Anlaß dazu bietet, auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung zu Dispensationen für ein-

zelne Fälle solche denjenigen, während des kirchenpolitischen Kampfes ausgebildeten Geistlichen ertheilen wird, gegen welche keine besonderen Einwendungen vorliegen. Offenbar ist das etwas völlig Anderes, als eine allgemeine Vollmacht für die Regierung, Gesetze, je nachdem es ihr angemessen scheint, anzuwenden oder in Vergessenheit geraten zu lassen. Es kann sich nur darum handeln, die Besetzung der vakanten Pfarrämter möglichst zu erleichtern, und zu diesem Zweck für die während der letzten 7 Jahre ausgebildeten Geistlichen, keineswegs aber für die Zukunft von den maigesetzlichen Bestimmungen abzugehen. Daß nichts Anderes beabsichtigt ist, dürfte auch aus einigen neuesten Andeutungen der „Kreuzzeitung“ hervorgehen, welche mit unseren früheren Mittheilungen übereinstimmen und wohl die Auffassung des Kultusministers v. Puttkamer wiedergeben. Für die ersten Besetzungen vakanter geistlicher Stellen ist, wie auch das konservative Blatt hervorhebt, keinerlei besondere Maßregel erforderlich, da, wie wir wiederholt konstatirt haben, das Gesetz vom 11. Mai 1873 nicht rückwirkende Kraft hat und bei seiner Verkündung eine Anzahl Priesteramtskandidaten vorhanden waren, welche also jetzt anstellungsfähig sind. Auf das Entschiedenste aber muß einer Interpretation jenes Gesetzes entgegengetreten werden, welche sich in der neuesten „Kölnischen Zeitung“ findet und dahin geht, es stehe den Oberpräsidenten ohne Weiteres frei, den Einspruch gegen die Anstellung von Priesteramtskandidaten, welche das Staatsexamen nicht gemacht haben, zu unterlassen. Diese Auslegung stützt sich darauf, daß der § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 sagt: „Der Einspruch ist zulässig“, worauf die Voraussetzungen aufgeführt werden, unter denen er zulässig sein soll. Aus dem Wort „zulässig“ wird gefolgert, daß die Oberpräsidenten das Recht, aber nicht die Pflicht haben, in den, in dem betreffenden Paragraphen aufgeführten Fällen Einspruch zu erheben. In dem § 1 des zitierten Gesetzes sagt ausdrücklich: „Ein geistliches Amt darf nur einem Deutschen übertragen werden, welcher seine wissenschaftliche Vorbildung nach den Vorschriften dieses Gesetzes dargebracht hat,“ und § 4 bestimmt, daß diese Vorbildung durch Ablegung der Staatsprüfung „dargebracht“ werde. Hiernach kann das in § 16 gebrauchte Wort „zulässig“ nur so ausgelegt werden, daß durch den Paragraphen ausgedrückt werden sollte, nur unter den darin aufgeführten Voraussetzungen, nicht auch in anderen Fällen sei der Einspruch statthaft. Es wäre interessant, zu erfahren, ob die eigenthümliche Interpretation der „Kölnischen Zeitung“ allein diesem Blatte angehört, oder ob sie auf einer in Regierungskreisen geäußerten Auffassung beruht. In letzterem Falle müßte man befürchten, daß die Tendenz, die kirchenpolitischen gesetzlichen Bestimmungen hinwegzuinterpretiren, bedenkliche Dimensionen annimmt. — Der Bundesrath hat gestern, wie vorausgesehen war, mit ganz geringen Modifikationen die sogenannte „Vörsensteuer“, d. h. die verschiedenen, von der Regierung vorgeschlagenen neuen Reichsstempelsteuern genehmigt. Daß er beschlossen hat, Quittungen nicht bloß bis zu 10, sondern bis zu 20 Mark von dem Stempel freizulassen und daß dieser in allen Fällen von gleicher Höhe (10 Pf.) sein soll, ist von sehr geringer Bedeutung, würde nichts an der Thatsache der Einführung einer Steuer ändern, welche allen bisherigen Gewohnheiten des Verkehrs in Deutschland widerspricht, durch ein finanzielles Bedürfniß nicht geboten ist und nicht einmal nothwendig zu dem neuen steuerpolitischen System gehört, das im vorigen Jahr inaugurirt wurde. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob im Bundesrath ein stillschweigendes, durchweg eingehaltenes Kompromiß zwischen der preussischen und den übrigen Regierungen dahin bestände, daß die letzteren die Kompetenz des Bundesraths in allen Fragen, welche nicht das sogenannte „föderative Prinzip“ betreffen, nur als eine beratende betrachten, daß sie die Majorität von Stimmen, welche, freilich im Gegensatz zu den thatsächlichen Machtverhältnissen, den kleinen Regierungen zugeheilt ist, nur als das Recht zu einem Veto gegen Gesetze ansehen, durch welche die den Einzelstaaten verbliebenen Befugnisse gemindert würden.

Locales und Provinziales.

Posen, 5. April.

— Eine Aufforderung an die polnischen Provinzial-Landtagsmitglieder. Der „Dziennik Poznanski“ spricht die Erwartung aus, daß der jetzt zusammengetretene Provinzial-Landtag auch in die Verwaltung der Garzyński'schen Stiftung auf der Wilda Einsicht nehmen wird. Das Blatt fordert zu diesem Zwecke die polnischen Provinzial-Landtagsmitglieder auf, eine Interpellation darüber einzubringen, in welcher Weise die Intentionen des Stifters gegenwärtig ausgeführt werden.

Gröffnung des 21. Provinziallandtags des Großherzogthums Posen.

Posen, 4. April.

Die zum 21. Provinziallandtage des Großherzogthums Posen einberufenen Abgeordneten wohnten Sonntag früh um 10 Uhr dem Gottesdienste in der katholischen Pfarrkirche ad St. Mariam Magdalenam bez. in der evangelischen Kirche St. Pauli bei und versammelten sich sodann um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags in dem Sitzungssaale des Ständehauses. Nachdem der königliche Kommissarius, Oberpräsident, Wirkliche Geheime Rath Günther, durch eine Deputation benachrichtigt worden war, daß der Provinziallandtag versammelt sei, begab sich derselbe in die Mitte der Versammlung und eröffnete den Provinziallandtag mit folgender Ansprache:

„Hochgeehrte Herren!

Nachdem Sie bei Ihrer letzten Versammlung nur einige besonders dringende Geschäfte erledigt haben, wird der bevorstehende Provinzial-Landtag Ihre Thätigkeit in ausgedehnterem Maße in Anspruch nehmen.

Das Haus der Abgeordneten hat bei Berathung eines Antrages

auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Vererbung der Landgüter in der Provinz Westfalen und in einigen rheinischen Kreisen, beschlossen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, auch für die übrigen Provinzen im Falle des Bedürfnisses Gesetzentwürfe wegen Regelung der Intestaterbfolge in den Bauernhöfen den beiden Häusern des Landtages vorzulegen. Dem Allerhöchsten Propositions-Dekrete gemäß werden Sie zu erwägen haben, ob ein Bedürfnis in der angegebenen Richtung in der hiesigen Provinz hervortritt, und in welcher Art bejahendensfalls demselben abzuhelfen sein möchte. Eine bezügliche Vorlage wird Ihnen zugehen.

Der in dem Allerhöchsten Propositions-Dekrete an Sie ergangenen Aufforderung zufolge werden Sie ferner, hochgeehrte Herren, mit einem Reglement betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder sich zu beschäftigen haben. Nach § 13 des Gesetzes vom 13. März 1878 sind die näheren Bestimmungen über diesen den Kommunalverbänden übertragenen Verwaltungsgegenstand durch besondere von den Vertretern der Verbände zu erlassende Reglements zu treffen, welche in gewissen Beziehungen der Ministerial-Genehmigung unterliegen. Der Entwurf eines solchen Reglements wird Ihrer Beschlußnahme unterbreitet werden.

Sodann wird Ihnen eine Vorlage wegen Gründung einer Landeskultur-Rentenbank gemacht werden. Das Gesetz vom 13. Mai 1879 giebt den Provinzialverbänden die Befugnis, zu bestimmten Zwecken Landeskultur-Rentenbanken zu errichten. Von Ihrer Entscheidung wird es abhängen, ob event. in welchem Umfange eine solche Bank in der Provinz ins Leben treten soll.

Weitere Vorlagen betreffen die in dem Allerhöchsten Propositions-Dekrete bezeichneten und andere von Ihnen vorzunehmende Wahlen, die Abänderung einiger Bestimmungen des Reglements für die Feuer-Sozialität der Provinz Posen, die Errichtung einer Wiesenbauschule für die Provinz, Abänderungen der für den Bau der Kunststraßen geltenden Normativ-Bestimmungen, die Benutzung einiger Provinzial-Gebäude zur Anlage von Sekundärbahnen, die Aufstellung eines Inventariums der Baudenkmäler der Provinz, die Provinzial-Freistellen im Samariter-Ordensstift in Graßnitz u. dergl. m.

Die Berichte über die Wirksamkeit der provinzialständischen Verwaltungen werden Ihnen mit den nöthigen Ausweisen ebenfalls vorgelegt werden. Sie werden daraus, wie ich annehmen darf, die Ueberzeugung gewinnen, daß es Ihren Verwaltungsorganen ungeachtet der sich immer mehr steigenden Anforderungen an dieselben gelungen ist, ihren Aufgaben zu genügen.

Bei der Erledigung Ihrer hiernach recht umfassenden Geschäfte werde ich Sie, soweit es in Ihren Wünschen liegt, gern nach Kräften unterstützen.

Indem ich noch bemerke, daß ein Allerhöchster Landtags-Abschied auf die beiden Immediatabreden des 20. Provinzial-Landtags, betreffend die Revision der Gebäudesteuer-Veranlagung und die Einführung von Amtsregeln für die Behörden der kommunalen Provinzial-Verwaltung nicht zu ertheilen gewesen ist, überreiche ich Ihnen, Herr Landtags-Marschall, das Allerhöchste Propositions-Dekret vom 27. März d. J. und erkläre im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers und Königs den 21. Provinzial-Landtag des Großherzogthums Posen für eröffnet.

Der Landtagsmarschall entgegnete hierauf: Eure Excellenz hatten die Güte, uns ein reiches Feld der Thätigkeit zu eröffnen, und zwar nicht allein auf dem Gebiete der Fürsorge für unsere bestehenden Anstalten und Institutionen und des weiteren Ausbaues derselben, sondern auch auf dem der Erledigung allgemeiner volkswirtschaftlicher Fragen und der Förderung ganz neuer Bestrebungen.

Sch kann dagegen versichern, daß wir uns mit dem Eifer und dem Interesse, welches die Wichtigkeit der Sachen erfordert, der Erledigung der uns gestellten Aufgaben widmen werden.

Wir acceptiren dankbar Eurer Excellenz Anerbieten thätigster Hilfe, und werden nicht unterlassen, davon Gebrauch zu machen.

Je zahlreicher aber die Aufgaben sind, welche uns im Vergleich zu früheren Landtagen gestellt werden, je mehr Verwaltungsgegenstände, deren Besorgung bisher der Staat zu seinen Aufgaben zählte, uns von Landtag zu Landtag überwiesen werden, um so lebhafter macht sich der Wunsch nach einer einheitlichen provinzialständischen Verwaltung, wie sie in anderen Provinzen bereits besteht, geltend.

Wenn am Schlusse des letzten Landtages die Hoffnung ausgesprochen werden konnte, daß dieses zu erstrebende Ziel nicht allzufern sei, so werden viele Mitglieder des jetzigen Landtages, welchen Eure Excellenz die Güte hatten im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Kaisers und Königs unseres allergnädigsten Herrn zu eröffnen, im ersten Anschauen eine gewisse Enttäuschung nicht unterdrücken können, daß uns Gelegenheit zur Verathung einer solchen Vorlage noch nicht geboten werden konnte. Wir beklagen uns, daß mit Rücksicht auf die jetzt dem Landtage der Monarchie vorliegenden Gesetz-Entwürfe ein solches Vorgehen verfrüht gewesen wäre, aber wir hegen die Zuversicht — ich darf dies aussprechen im Namen meiner Herren Mitglände —, daß die Einführung einer solchen Verwaltung und damit Beseitigung der jetzigen Zersplitterung auch Seitens der hohen Staatsbehörden als ein Bedürfnis anerkannt wird und demzufolge unsere Nachfolger so glücklich sein werden, sich die Gelegenheit zu so segensreicher Wirksamkeit geboten zu sehen. Diese Ueberzeugung findet nicht zum geringsten Theile ihren festen Grund in dem Vertrauen, daß die Interessen unseres Heimathlandes bei Eurer Excellenz eine ebenso wohlwollende als sachkundige Beurtheilung finden, und in dieser Sicherheit dürfen wir uns getrosten, daß das, was wir als unerläßlich nothwendig ansehen, auch von Ew. Excellenz, sobald überhaupt angänglich, zur Durchführung empfohlen werden wird.

Auf diese Hoffnung gestützt, gehen wir mit demselben Gefühle, welches unsere Vorgänger geleitet hat, an die Arbeit, dem Gefühle der Liebe zu unserer Heimath und der Pflicht, das Interesse der Bewohner derselben im Auge zu behalten, und unsere Beschlüsse, in diesem Sinne gefaßt, werden, so hoffe ich zu Gott, zum Segen des Großherzogthums Posen gereichen. Nicht unterlassen kann ich, ehe wir die Arbeit beginnen, des schmerzlichen Verlustes zu gedenken, den der Provinzial-Landtag durch den Tod des langjährigen Vertreters der Stadt Fraustadt, des in den Angelegenheiten des Korrektionshauses zu Kosten und des Landammenswesens überhaupt so wohl erfahrenen Kaufmanns Herrn Cleemann erlitten. Ihm wird bei allen Mitgliedern früherer Landtage ein ehrendes Andenken gewahrt bleiben.

Andererseits muß ich der Freude Ausdruck geben, daß dem einundzwanzigsten Landtage nach langer Zeit zum ersten Male wieder die Ehre wird, ein Mitglied der erlauchtesten Familie Radziwill an seinen Arbeiten Theil nehmen zu sehen. Ich kann es mir nicht verlagern, den Herrn Fürsten Ferdinand Radziwill aufrichtigen Herzens willkommen zu heißen.

Und nun, meine geehrten Herren Mitglände, vereinigen Sie sich mit mir in dem Ruf, welcher unseren Gefühlen der Treue und Verehrung Ausdruck giebt:

Es lebe Seine Majestät der Kaiser und König!

Die Versammlung stimmte in das von dem Marschall ausgebrachte dreimalige Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König beieinigt ein. Der königliche Kommissarius wurde hierauf durch die Landtags-Deputation wieder zurückbegleitet und es wurden sodann die Verhandlungen der diesmaligen Session eröffnet.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 4. April. Das Präsidium des Reichstags beab-

sichtigt die Novelle zum Militärstrafgesetz am Donnerstag, den 8. April zur zweiten Verathung im Reichstage zu stellen.

München, 4. April. Die hiesige Polizeidirektion hat auf Grund des Sozialistengesetzes die von der deutschen Volkspartei für morgen Abend anberaumte Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Sonnemann einen Vortrag über den Militarismus halten wollte, verboten. In Folge dessen wird nur eine Parteiversammlung abgehalten werden.

Karlsruhe, 3. April. Se. k. k. Hoheit der Kronprinz ist heute Nachmittag 3 Uhr nach Berlin abgereist.

Osnabrück, 3. April. Bei der am 30. März c. stattgehabten Erjagwahl im 4. hannoverschen Reichstagswahlkreise erhielten nach schließlich Ermittlung von Landesberg (Welfe) 11,982 Stimmen, Kommerzienrath Schröder (nationalliberal) 8401 Stimmen, Freitag (Sozialdemokrat) 978, Trager (Fortschritt) 144 Stimmen.

London, 4. April. Dem „Observer“ zufolge ist noch keine definitive Entscheidung darüber getroffen, ob das Ministerium unmittelbar zurücktreten oder ein Votum des Parlaments abwarten solle. Diese Entscheidung würde erst erfolgen, wenn die genaue Ziffer der liberalen Majorität vorliege. Nach dem Wahlergebnisse vom letzten Freitag habe sich ein Spezialgesandter zur Königin Victoria nach Deutschland begeben. — Das genannte Blatt will ferner wissen, daß Gladstone nicht geneigt sei in die Regierung einzutreten, jedoch seine Parteigenossen Granville und Hartington in loyaler Weise unterstützen werde.

London, 4. April. Die Liberalen gewannen bei den Parlamentswahlen ferner neue Sitze, in: Southampton, Brighton (zwei Sitze), Ashton-under-Lyne, Stalybridge, Newcastle-on-Tyne, Stirlingshire, Perthshire, Dumfriesshire und Pembrokehire, die Konservativen in Coleraine und Helston.

London, 4. April. In East-Staffordshire sind die Liberalen Baß und Wiggan gewählt worden; die Liberalen haben dadurch einen Sitz gewonnen.

Petersburg, 4. April. Gegenüber den in der russischen, wie in der ausländischen Presse aufgetauchten, oft unrichtigen Gerüchten und Nachrichten über die Hartmann'sche Angelegenheit veröffentlicht der „Regierungsbote“ eingehend den ganzen Sachverhalt nebst den bezüglichen offiziellen Schriftstücken.

Konstantinopel, 3. April. Der Sultan hat den Beschluß des Ministerraths genehmigt, welcher den in der Gegenproposition Montenegro beanspruchten Gebietsaustausch zugestimmt.

Bukarest, 4. April. Die „Independance de Roumanie“ will wissen, daß Calimaki Satargi als rumänischer Gesandter nach Paris zurückkehren werde.

Verantwortlicher Redakteur: S. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
3. Nachm. 2	747,5	Schwach	bedeckt ¹⁾	+12,8
3. Abnds. 10	747,2	S mäßig	bedeckt Regen	+ 8,4
4. Morgs. 6	746,7	SW schwach	bedeckt	+ 6,7
4. Nachm. 2	746,1	W schwach	trübe ²⁾	+12,4
4. Abnds. 10	744,4	D schwach	heiter	+ 7,8
5. Morgs. 6	741,6	SO mäßig	bedeckt	+ 6,8

¹⁾ Regenhöhe 9,8 mm.
²⁾ Regenhöhe 3,5 mm.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 3. April Mittags 1,64 Meter.
= 4. = = 1,62 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 3. April. (Schluß-Course.) Spekulationspapiere schwach, still, russische Fonds fest. Lond. Wechsel 20,455. Pariser do. 81,00. Wiener do. 170,60. R.-M.-St.-A. 146½. Rheinische do. 158½. Hess. Ludwigsb. 103½. R.-M.-Pr.-Antk. 133½. Reichsanl. 99½. Reichsbank 150½. Darmst. 148½. Meiningen B. 109. Ost.-ung. Bf. 718,00. Kreditaktien*) 246. Silberrente 62½. Papierrente 62½. Goldrente 75½. Ung. Goldrente 88½. 1860er Loose 124½. 1864er Loose 309,50. Ung. Staatsl. 215,50. do. Ost.-Dbl. II. 80½. Böhm. Westbahn 195½. Elisabethb. 162½. Nordwestb. 141½. Galizier 225½. Franzosen*) 239. Lombarden*) 72½. Italiener — 1877er Russen 89½. II. Orientanl. 60½. Centr.-Pacific — Diskonto-Kommandit — Elbthalbahn — Nach Schluß der Börse Kreditaktien 246½, Franzosen 239½, Galizier 226, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe 60½, 1860er Loose —, III. Orientanleihe 60½, Lombarden —, Schweizer. Centralbahn —, Mainz-Ludwigshafen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 3. April. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 245½, Franzosen 239½, Lombarden —, 1860er Loose —, Galizier 226½, österr. Silberrente —, ungarische Goldrente —, II. Orientanleihe 60½, österr. Goldrente —, Papierrente —, III. Orientanleihe —, 1877er Russen 90½, Meiningen Bank —, Still.

Wien, 3. April. (Schluß-Course.) Unbelebt. Spekulationspapiere ruhig, Renten schwächer, Bahnen wenig fest, Galizier auf Dividendenrückichte höher.

Papierrente 73,05. Silberrente 73,70. Österr. Goldrente 88,40, Ungarische Goldrente 103,87½. 1854er Loose 123,50. 1860er Loose 130,25. 1864er Loose 174,50. Kreditlose 187,50. Ungar. Prämienl. 115,70. Kreditaktien 298,20. Franzosen 279,75. Lombarden 85,00. Galizier 264,50. Kasch.-Dobr. 128,50. Parubitzer —, Nordwestb. 166,20. Elisabethbahn 189,00. Nordbahn 247,50. Österreich.-ungar. Bank —, Türk. Loose —, Unionbank 113,30. Analo-Austr. 154,50. Wiener Bankverein 149,70. Ungar. Kredit 273,20. Deutsche Wäge 57,85. Londoner Wechsel 118,75. Pariser do. 47,00. Amsterdamer do. 98,00. Napoleons 9,48. Dufaten 5,58. Silber 100,00. Marknoten 58,45. Russische Banknoten 1,25½. Zemberg-Cernowitz 164,50.

Wien, 3. April. Abendbörse. Kreditaktien 287,80, Franzosen 279,70, Galizier 264,50, Anglo-Austr. 154,80, Lombarden 84,50, Papierrente 72,97½, österr. Goldrente 88,30, ungar. Goldrente 103,92½, Marknoten 58,45, Napoleons 9,48, 1864er Loose —, österr.-ungar. Bank —, Nordbahn —, Fest.

Wien, 4. April. (Privatverkehr.) Kreditaktien 296,30, Fran-

zosen 279,00, Galizier 262,20, Anglo-Austr. 153,20, Lombarden 86,60, Papierrente 73,05, österr. Goldrente 88,30, ungar. Goldrente 103,67½, Marknoten 58,50, Napoleons 9,49½. Fest.

Triest, 2. April. Österr. Goldrente —, ungar. Goldrente 104,00, Italiener 82½.

Paris, 3. April. (Schluß-Course.) Sehr fest. 3 proz. amortisirb. Rente 84,90, 3 proz. Rente 83,45, Anleihe de 1872 118,80, Ital. 5 proz. Rente 84,10, Österr. Goldrente 76½, Ung. Goldrente 89½, Russen de 1877 92½, Franzosen 595,00, Lombardische Eisenbahn-Aktien 187,50, Lombard. Prioritäten 275,00, Türken de 1865 10,25, 5 proz. rumänische Anleihe 75,00.

Credit mobilier 690, Spanier ext. —, do. inter. 15½, Suezkanal-Aktien —, Banque ottomane 533, Societe general* 575, Credit foncier 1155, Egypter 302, Banque de Paris 978, Banque d'escompte 837, Banque hypothecaire 627, III. Orientanleihe 62, Türkenlose 34,75, Londoner Wechsel 25,27½.

Florenz, 3. April. 5 pSt. Italiensche Rente 91,62, Gold 21,81.

London, 3. April. Consols 98½, Italien. 5 proz. Rente 83½, Lombarden 7½, 3 proz. Lombarden alte 10½, 3 proz. do. neue 108, 5 proz. Russen de 1871 86½, 5 proz. Russen de 1872 —, 5 proz. Russen de 1873 87½, 5 proz. Türken de 1865 10½, 5 proz. fundirte Amerikaner 105½, Österr. Silberrente 62½, do. Papierrente 62½, Ungar. Goldrente 88½, Österr. Goldrente 74, Spanier 16½, Egypter 59½.

Breus. 4 prozent. Consols 98½.

Silber 82½, Placidistont 2½ pSt.

Aus der Bank flossen heute 88,000 Pfd. Sterl.

Petersburg, 3. April. Wechsel auf London 25½, II. Orient-Anleihe —, III. Orientanleihe 90½.

Newyork, 3. April. (Schlußkurs.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84½, Wechsel auf Paris 5,18½, 5 pSt. fundirte Anleihe 103½, 4 pSt. fundirte Anleihe von 1877 106½, Erie-Bahn 45½, Central-Pacific 1 2, Newyork Centralbahn 132½.

Produkten-Course.

Wien hiesiger loco 24,00, fremder loco 24,25, pr. Mai 22,75, pr. Juli 22,35, pr. November 20,50, Roggen loco 19,00, pr. Mai 17,80, pr. Juli 17,15, pr. November 16,10, Hafer loco 16,00, Rübsl loco 29,00, pr. Mai 27,90, pr. Oktober 29,00.

Bremen, 3. April. Petroleum höher. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,35 à —, per Mai 7,45, per Juni 7,55, pr. August-December 8,10. Alles bez.

Hamburg, 3. April. (Getreidemarkt.) Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco still, auf Termine ruhig. Weizen per April-Mai 219 Br., 218 Gd., per September-Oktober 204 Br., 203 Gd., Roggen per April-Mai 161 Br., 160 Gd., per September-Oktober 151 Br., 149 Gd., Hafer fest. Gerste flau. Rübsl still, loco 55, per Mai 55, Spiritus ruhig, per April 52½ B., per Mai-Juni 51½ Br., per Juli-August 52½ Br. — Kaffee stetig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 7,40 Br., 7,30 Gd., per April 7,20 Gd., per August-December 8,30 Gd. — Wetter: Feucht.

Wien, 3. April. (Produktenmarkt.) Weizen loco gchäftl., Termine angeh., pr. Frühjahr 13,20 Gd., 13,25 Br., pr. Herbst 10,65 Gd., 10,75 Br., Hafer per Frühjahr 7,45 Gd., 7,50 Br., Mais per Mai-Juni 8,32 Gd., 8,37 Br., Rohraps per August-September 13½. — Wetter: Prachtvoll.

London, 3. April. Savannauder Nr. 12, 25. Matt.
London, 3. April. An der Küste angeboten 24 Weizenladungen.

Marktreise in Breslau am 3. April 1880.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.	gute		mittlere		geringe Waare	
	Höchst. Br. Pf.	Nied. Br. Pf.	Höchst. Br. Pf.	Nied. Br. Pf.	Höchst. Br. Pf.	Nied. Br. Pf.
Weizen, weißer	21 80	21 40	20 70	20 10	19 70	19 —
Weizen, gelber	21 20	21 —	20 50	20 10	19 70	18 90
Roggen, pro	17 40	17 20	17 —	16 80	16 60	16 40
Gerste, 100	17 10	16 60	15 90	15 30	14 90	14 40
Hafer, Kilog.	15 60	15 40	15 20	15 —	14 80	14 60
Erbien	19 30	18 70	17 70	17 30	16 50	15 70

Pro 100 Kilogramm

	fein	mittel	ordinäre
Raps	23	25	21
Rübsen, Winterfrucht	22	25	20
Rübsen, Sommerfrucht	22	25	20
Dotter	22	—	17
Schlagleinfaat	26	50	23
Hanffaar	17	—	15

Kleejamern, schwacher Umsatz rother ruhig, per 50 Kilo. 32—39 bis 44—48 Mf., weißer unveränd., per 50 Kilo. 44—53—62—74 M hochfeiner über Notiz bez.
Rapskuchen, unverändert, per 50 Kilogr. 6,50—6,70 M. fremd. 6,10—6,30 Mf.

Leinsuchen, sehr fest, per 50 Kilo 9,60—9,90 Mf.
Lupinen, schwach gefragt, per 100 Kilo gelbe 7,20—7,80—8,20 Mf. blaue 7,20—7,80—8,20 Mf.

Thymothee, unverändert, per 50 Kilo. 15—22—25 Mf.
Bohnen, ohne Zufuhr, per 100 Kilo. 21,50—23,00—23,75 Mf.
Mais, in rubiger Haltung, per 100 Kilo. 14,80—15,30—15,70 Mf.
Wicken, unverändert per 100 Kilo. 13,00—13,50—14,20 Mf.
Kartoffeln: per Sack (2 Neuschffel a 75 Kilo. Brutto = 150 Pfd.) beste 4,00—5,00 M., geringere 2,50—3,00 M., per Neuschffel (75 Pfd. Brutto) beste 2,00—2,50 M., geringere 1,25 bis 1,50 M. per 2 Str. 0,15—0,18 Mf.
Heu: per 50 Kilo. 2,50 bis 2,80 Mf.

Stroh: per Schock 600 Kilogramm 19,00—21,00 Mf.
Rehl: in matter Stimmung, per 100 Kilo. Weizen fein 29 75 — 30,75 M. — Roggen fein 26,50 bis 27 25 M. Haubaden 25 25 bis 26 25 M., Roggen-Futtermehl 10,90—11,80 M., Weizenmehl 10 20 bis 10 70 Mf.

Nach langem Leiden starb heute früh 6 Uhr mein guter Mann, der Maler

F. Petersen

in seinem 56. Lebensjahre.

Posen, den 4. April 1880.

Louise Petersen, geb. Foerster.

Die Beerdigung findet Dienstag, Nachmittag um 4 Uhr, vom Trauerhause, Halbdorfstraße 39, aus statt.

Am 2. April starb nach langem, schweren Leiden mein lieber Mann, unser theurer Vater und Großvater

Isidor Kottwitz

im Alter von 66 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am 5. April, Nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Breitestraße 23, aus statt.

Newyork, 2. April. Baumwollen-Wochenbericht. Zufuhren in allen Unionshafen 47,000 B. Ausfuhr nach Großbritannien 68,000 B. Ausfuhr nach dem Continent 13,000. Vorrath 770,000 B.

April - R. bez., per April = Mai 145 bezahlt, per Mai = Juni 146 1/2 - 147 bezahlt, per Juni = Juli 149 bezahlt, per Juli = August 149 Br., per August = September = B., per September = Oktober 146 Br.

Stettin, 3. April. (An der Börse.) Wetter: Regnig. + 6 Grad R. Barometer 27,9. Wind: O.S.O.

Produkten-Börse.

Berlin, 3. April. Weizen per 1000 Kilo loco 200-235 M. nach Qualität gefordert, feiner gelber Märkischer - M. ab Bahn bezahlt, per April - bezahlt, per April = Mai 212 1/2 - 216 1/2 bezahlt, per Mai = Juni 214 1/2 - 218 bezahlt, per Juni = Juli 216 - 219 bezahlt, per Juli = August 209 1/2 - 212 bezahlt, per September = Oktober 204 - 205 1/2 bezahlt.

muntere. Nur russische Anleihen lenkten heute einige Aufmerksamkeit auf sich; die Kurse derselben waren in London etwas heraufgesetzt und man war geneigt, einen Wechsel der politischen Tendenz in England für russische Werthe mächtig aufzufassen.

der. Auch fehlte für gegen baar gehandelte Aktien Kauflust in hohem Grade. Fast eben so wenig beachtet waren Anlagewerthe, unter denen fremde anfangs sogar als schwach bezeichnet wurden.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe), denominations, and prices. Includes sub-sections for Prussian and German bonds.

Table of foreign bonds (Ausländische Fonds) including American (Amerik. rd.), Russian (Russ. fund.), and other international securities.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks such as Badische Bank, Bf. f. Rheinl. u. Westf., and various regional banks.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks including Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, and various regional railway lines.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks such as Brauerei Wachenhof, Danneb. Raitum, and various manufacturing companies.

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

Table listing railway priority stocks for various lines like Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, etc.

Rechte Oberuf. Bahn.

Table listing railway rights and bonds for various lines including Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, and others.

Oberschles. v. 1874.

Table listing various railway bonds and securities, including Oberschles. v. 1874, Briege-Reiße, etc.